

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

wir, die unterzeichnenden Organisationen, wenden uns anlässlich des bevorstehenden Europäischen Rates am 19. und 20. März 2026 mit einem offenen Brief an Sie.

Die österreichische Bundesregierung hat sich in ihrem Regierungsprogramm darauf verständigt, dass es im Rahmen der geplanten Entbürokratisierung zu keiner Beeinträchtigung wichtiger öffentlicher Interessen kommen darf – namentlich genannt werden der Schutz von Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen.

Mit großer Sorge nehmen wir wahr, dass dieser Grundsatz vor allem auf europäischer Ebene auf Zuruf der großen europäischen Unternehmenslobbys unterlaufen wird. Die am jüngsten informellen Zusammentreffen in Alden Biesen erfolgten Diskussionen und Schlussfolgerungen verstärken diesen Eindruck.

Unter den Leitbegriffen „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Vereinfachung“ wird gegenwärtig versucht, den Rückbau oder die Abschaffung hart erkämpfter Schutzstandards in immer mehr Bereichen durchzuziehen. Dabei drängt ein zunehmend verzerrtes und höchst einseitiges Bild von „Wettbewerbsfähigkeit“ in den Mittelpunkt, das zentrale Faktoren von Europas Stärke ausklammert, wie z.B. hervorragend ausgebildete Arbeitskräfte, bestens ausgebaute öffentliche Infrastrukturen und Wohlfahrtsstaaten ebenso wie eine intakte und achtsam geschützte Natur.

Schwächung demokratischer Abläufe und Schutzstandards

Die laufenden Deregulierungsinitiativen der Europäischen Union sind aus demokratiepolitischer Sicht unhaltbar. Großteils werden sie als sogenannte „Omnibus-Pakete“ in einem Schnellverfahren beschlossen – ohne öffentliche Konsultation und die Beteiligung von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft. Ende November führte das zurecht zu einer scharfen Reaktion der Europäischen Bürgerbeauftragten Teresa Anjinho, die die Vorgehensweise der Kommission als Missstand festgehalten hat.

In ihrer Substanz stellen die Deregulierungsinitiativen vor allem eine Bedrohung für Gesundheit, Arbeitnehmer:innenrechte, Umwelt- und Datenschutz dar, etwa

- indem Beschäftigte weniger Kontrolle über ihre eigenen Daten haben und ihre Überwachung am Arbeitsplatz erleichtert werden soll,
- indem strenge Regeln zur Zulassung von Pestiziden aufgeweicht werden,
- indem mit einer neuen Unternehmensform wichtige einzelstaatliche Schutzstandards (u.a. Mitbestimmungsrechte) ausgehöhlt werden,
- oder indem notwendige Maßnahmen zur Eindämmung der ungebremsten Waldzerstörung weiter verschleppt werden.

Jetzt den gerechten Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft entschlossen voranbringen

Europa steht im Jahre 2026 unzweifelhaft an einem Scheideweg. Wir befinden uns in einem historischen Moment, in dem groß gedacht werden muss. Mit der Streichung von

Schutzbestimmungen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, der intakten Umwelt wie auch jenen Teilen der Wirtschaft, die zurecht Planungssicherheit einfordern, wird weder Wachstum generiert werden noch die liberale Demokratie gefestigt werden können.

Gerade jetzt ist der Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft mehr denn je notwendig. Um diesen zu bewältigen, die stetig größer werdenden Rückstände Europas auf unterschiedlichen Gebieten aufzuholen und für gegenwärtige wie künftige Generationen eine hoffnungsvolle Zukunft zu ermöglichen, braucht Europa jetzt eine **öffentliche Investitionsoffensive für erneuerbare Energie und Energienetze, Mobilität, eine ökologische Landwirtschaft, Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft und andere Zukunftstechnologien**. Mario Draghi schätzte die Investitionslücke in seinem Bericht aus 2024 auf mindestens 800 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich. Es ist eine Illusion zu glauben, dass die erforderlichen Mittel aus vornehmlich privaten Quellen aufgebracht werden könnten. Genau deshalb ist jetzt die öffentliche Hand gefragt.

Europa hat in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass es in Krisenmomenten zu zukunftsweisenden Lösungen fähig war. Während der Covid-Pandemie wurden rasch – im Geist der Solidarität mit gegenwärtigen wie zukünftigen Generationen – innovative Instrumente wie NextGeneration EU oder SURE auf den Weg gebracht.

Mit großer Sorge beobachten wir jedoch, dass gerade in dieser schwierigen Situation, genau solche zukunftsweisenden Lösungen fehlen. Stattdessen verliert sich die Europäische Union in immer aggressiveren, an das Bild der Kettensäge erinnernden Ankündigungen von weiteren Deregulierungen. Aus genau diesem Grund haben wir die Plattform Kettensäge stoppen! ins Leben gerufen, um auf diese Fehlentwicklungen in der europäischen Politik hinzuweisen und für ein zukunftsfitte, nachhaltiges und sozial gerechtes Europa einzutreten. Sie wird von vielen namhaften Organisationen der Zivilgesellschaft und den Sozialpartnerorganisationen getragen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die großen Herausforderungen unserer Zeit können nicht im Abbau von Schutzstandards gelöst werden. Die EU und die europäische Wirtschaft wird in diesen fordernden Zeiten nicht an Stärke gewinnen, wenn Arbeitsrechte und soziale Schutzbestimmungen verschlechtert, Umwelt- und Naturschutzbestimmungen abgebaut und Klimaziele vernachlässigt werden und wenn einmal mehr dem Wunschkonzert von einflussreichen Wirtschaftslobbys gefolgt wird.

Mit Blick auf den kommenden Europäischen Rat am 19. und 20. März 2026 appellieren wir an Sie:

- Setzen Sie sich für den Erhalt wichtiger Regelungen zum Schutz von Menschen und Umwelt ein. Fordern Sie die Europäische Kommission dazu auf, von weiteren legislativen Schnellverfahren in Gestalt der Omnibus-Pakete Abstand zu nehmen und bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften nicht dem Zuruf der mächtigen Wirtschaftslobbys zu folgen, sondern evidenzbasiert, transparent und inklusiv vorzugehen.

- Wirken Sie darauf hin, dass der privilegierte Zugang, den Unternehmensverbände und finanzstarke Wirtschaftslobbygruppen im EU-Gesetzgebungsprozess haben, umgehend beendet wird. Mit dieser krassen Schieflage wird jener Rückhalt in der breiten Bevölkerung aufs Spiel gesetzt, auf den das europäische Einigungswerk heute mehr denn je angewiesen ist.
- Setzen Sie sich im Europäischen Rat für umfassende öffentliche Investitionen ein. Ohne öffentliche wie private Investitionen in die sozial-ökologische Transformation, digitale Souveränität und energiepolitische Unabhängigkeit gerät Europa nur noch tiefer in den Strudel geopolitischer Abhängigkeiten. Sprechen Sie sich gegen eine EU-weit einheitliche Unternehmensrechtsform („28. Regime“) aus, durch die Verschlechterungen für Beschäftigte drohen. Setzen Sie sich für einen Rechtsakt für hochwertige Arbeitsplätze ein!

Gerne stehen wir für einen weiterführenden Gesprächstermin jederzeit zur Verfügung

Hochachtungsvoll!

Die Initiator:innen & Mitstreiter:innen der Plattform ***Kettensäge stoppen!***

Namen der Initiator:innen

AK Wien

Attac Österreich

epicenter.works

GLOBAL 2000

Greenpeace

Netzwerk Soziale Verantwortung

ÖGB

Namen der Mitstreiter:innen